

Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 18. August 2007

118. Jahrgang Nr. 31.628

„Präsidentin!“

Cristina Kirchner und ihr Vize stellen sich vor

Buenos Aires (AT/cal) – Hat-ten es die Beiden bisher alleine getan, so präsentierten sich Cristina Kirchner und Julio Cobos am Dienstagabend erstmals offiziell gemeinsam: Im Stadion Luna Park in der Hauptstadt Buenos Aires stellten sie vor rund 8000 Anhängern – darunter Gouverneure und Bürgermeister aus dem ganzen Land sowie Mitglieder des Regierungskabinetts – ihre Kandidaturen für die Wahlen am 28. Oktober vor. Die Präsidentschaftskandidatin und der Kandidat für das Amt des Vize erklärten dabei vor allem den Sinn der sogenannten „Concertación Plural“ (Zusammenwirken): ein überparteiliches Bündnis, das von Präsident Néstor Kirchner ins Leben gerufen worden ist.

„Viele haben sich damals gefragt, was ist das?“, sagte First Lady und Senatorin Cristina Kirchner in ihrer Rede. Es sei das Resultat einer intensiven Studie, dass eine solche Allianz nötig sei.



Siegessichere Grüße und Küsse: Cobos und die Kirchners.

Es ginge um ein Miteinander und nicht um ein Gegeneinander, wie es in der argentinischen Geschichte meist üblich war. „Jeder soll sein Bestes bringen.“

Die Kirchners gehören dem progressiven Flügel der peronistischen Partei (PJ) an, der sich Frente para la Victoria nennt. Verschiedene Politiker der alten und traditionellen Radikalen Bürgerunion (UCR) – eine Partei der Mitte -

segeln für die kommenden Wahlen unter der Fahne der Kirchner-Front. Dies hat einerseits zur Spaltung der UCR geführt. Andererseits kandidiert deswegen für das Amt des Vizepräsidenten ein Mann der Radikalen K – wie die UCR-Dissidenten genannt werden.

„Es ist ein großzügiger Zug“, sagt denn auch der Vize in spe, Gouverneur der westlichen Pro-

vinz Mendoza und Radikaler K, Julio Cobos, im Luna Park. Cristina Kirchner winkte ab: „Es hat nichts mit Großzügigkeit zu tun.“ Sie glaube an die politische Verantwortung, dass eine Partei nicht die alleinige Macht innehaben sollte. Weiter lobte Cobos die Senatorin in seiner Rede: „Die Zeit ist gekommen, dass eine fähige Frau Argentinien führt.“

Über den neuen Koffer-Skandal, der zurzeit in den Medien omnipräsent ist und auch die Regierung kompromittiert (siehe unten), verlor Cristina Kirchner kein Wort. Auch nicht, als jemand aus dem Publikum schrie: „Cristina, wirf die Korrupten aus der Regierung.“

Und eines ließ sich die resolute Frau nicht nehmen: Als sie auf die Bühne trat, riefen ihr die Leute zu: „Setzen Sie sich, Präsident Cristina!“ Sie korrigierte: „Präsidentin, Präsidentin. Gewöhnen Sie sich daran“, sagte sie mit einem Lächeln.

Rausschmiss in Venezuela

Der dollarschwere Kofferskandal zieht Kreise

Buenos Aires (AT/cal) – Ein bisschen verzögert reagierte Venezuela – die Argentinier zeigten sich bereits ungeduldig. Am Donnerstag kam die erwartete Nachricht: Diego Uzcategui Matheus, Vizepräsident des staatlichen venezolanischen Erdölkonzerns Pdvsa, ist seines Amtes enthoben worden. Sein Sohn hatte dem Geschäftsmann Guido Alejandro Antonini Wilson erlaubt, ins Flugzeug zu steigen.

Vorgeschichte: Der Venezolaner Antonini Wilson versuchte vor rund zwei Wochen mit 800.000 Dollar im Handgepäck durch den Zoll des Stadtflughafens von Buenos Aires zu laufen – ohne zu deklarieren. Besonders prekär daran ist, er flog in einer von der argentinischen Regierung gecharterten Maschine mit, die aus Venezuela kam. An Bord waren zudem drei argentinische Politiker, drei ranghohe Mitglieder des Erdölkonzerns Pdvsa und der Sohn des bisherigen Pdvsa-Vizepräsidenten: Daniel Uzcategui Speech.

Bereits letzte Woche rollte wegen des Kofferskandals der Kopf eines Politikers. Claudio Uberti, bisheriger Chef der Kontrollstelle für Autobahnen in Argentinien, hatte nämlich Uzcategui Speech erlaubt Antonini Wilson mitzunehmen. Präsident Néstor Kirchner verlangte einen Tag darauf von seinem Amtskollegen Hugo Chávez eine ebenbürtige Aktion. Chávez versprach, dass er in seinem Land Ermittlungen einleiten werde. Die Tage vergingen ...

Am Montag sagte dann der venezolanische Innenminister Pedro Carreño in einer Pressekonferenz: „Venezuela übernimmt keine Verantwortung.“ Ausserdem müsse erst bewiesen werden, dass der Koffer aus Venezuela gekommen sei, denn das Flugzeug habe Halt in Bolivien gemacht – ein Detail, das die argentinische Regierung bisher unerwähnt ließ.

Woher das Geld kam und wohin es hätte gehen sollen ist nach wie vor unklar. Die Spekulationen häufen sich. Es könne ein einfacher Geldschmuggel sein, sagen die Einen. Andere tippen auf Geldwäscherei. Die Indizien deuten allerdings mehr und mehr daraufhin, dass das Ganze eine politische Angelegenheit ist. Ein Chávez-Oppositioneller forderte: „Die Untersuchungen müssen bis in die höchsten Ränge der Politik geführt werden.“ Viele vermuten nämlich, dass Venezuela das Geld für die Finanzierung der Wahlkampagne von Cristina Kirchner geschickt hatte.

Diesen Freitag hat die zuständige argentinische Richterin gegen Antonini Wilson, der ohne Koffer wieder abgereist war, einen internationalen Haftbefehl ausgestellt. Unterdessen weiß man nämlich auch, dass der Venezolaner seit März 2006 sechs Mal nach Argentinien geflogen war. Immer als „Tourist“ und nur für kurze Zeit.



CD Rom / Touch-Screen
Web / Video Digital
3D / Animaciones

(5411)4703-5509

www.multimedia.com.ar

1500 Dollar für den Tod

Weitere Zeugin belastet Ex-Militärkaplan schwer

Buenos Aires (AT/cal) – Er unterstütze sie spirituell, es ginge ihr gut und sie sei bereit für eine Reise ins Ausland. Dies habe der frühere Militärkaplan der Polizei von Buenos Aires, Christian von Wernich, der Familie von Cecilia Idiart mitgeteilt. Die junge Cecilia war 1976 in der Stadt La Plata von der Polizei fest genommen worden, weil sie unter Verdacht stand, Mitglied der Stadtguerrilla Montoneros zu sein. Sie verbrachte mehrere Monate auf dem Posten der Brigade für Ermittlungen. Lebend tauchte sie nicht mehr auf. Wer im Prozess gegen Von Wernich aussagt, ist die Schwester der Getöteten, Adriana Idiart.

Christian von Wernich wird die Beteiligung an sieben Morden, 31 Fällen von Folter und 42 Entführungen während der Militärdiktatur (1976-83) vorgeworfen. Als Priester soll er in Geheimgefängnissen unter anderem die Verschweppten überredet haben, andere Regimegegner zu verraten. Der 69-Jährige

bestreitet die Vorwürfe. Über 120 Zeugen werden insgesamt gegen Von Wernich aussagen. Jene, die seit Beginn des Prozesses Anfang Juli bereits eine Zeugenaussage abgegeben haben, belasten ihn zum Teil schwer.

Cecilia gehörte zu der „Gruppe der Sieben“ (siehe Kasten). Nach sieben Monaten Gefangenschaft erlaubte man ihr, einen Anruf zu tätigen. Sie rief ihre Familie an. „Wir durften sie auf dem Posten besu-

chen gehen“, erzählt die Schwester. Und hier tauchte denn auch Von Wernich auf. Mit dem früheren Militärkaplan feierten sie auch den Geburtstag von Cecilia. „Er kam auch oft zu uns nach Hause und brachte uns Briefe von Cecilia“, sagt Adriana Idiart. Ein scheinbar gutes Einvernehmen sozusagen.

Eines Tages habe Von Wernich mitgeteilt, dass Cecilia frei kommen könnte, dass sie rehabilitiert sei und nun andere Gedanken als

die Stadt-guerrilla im Kopf habe. Ihr und sechs anderen biete sich die Möglichkeit, ins Ausland zu flüchten. „Meine Mutter musste ihm dafür 1500 Dollar geben“, erzählt Adriana Idiart. Auch bat Von Wernich die Familie, einen Koffer mit Kleidern bereitzustellen. „Er werde Cecilia bis in die neue Heimat begleiten, sagte er uns“, so die Schwester.

Bis zur Abreise besuchten sie sie weiterhin in Gefangenschaft. Als sie eines Tages erfuhren, dass sie nun auf dem Weg nach Brasilien sei, „waren wir sehr glücklich“, erinnert sich Adriana Idiart. Aber sie erhielten keine Nachricht von Cecilia, weder ein Telefonat noch einen Brief. Wieso meldete sich die Schwester nicht? Als sie diese Frage Von Wernich stellten, beruhigte er sie: „Haben Sie Geduld.“ Eine Weile später, als sie erneut mit dem Militärkaplan sprechen wollten, war er nicht mehr auffindbar – in Luft aufgelöst.

„Gruppe der Sieben“

Die sieben jungen Menschen auf dem Posten der Brigade für Ermittlungen in der Stadt La Plata genossen eine besondere Behandlung. Denn die mutmaßlichen Mitglieder der Stadtguerrilla kollaborierten mit den Polizisten, die sie festhielten und folterten. So durften sie die Familienangehörigen regelmäßig besuchen kommen. Allen sieben wurde das selbe Versprechen gemacht: Man wird sie frei lassen und ins Ausland bringen. Drei von ihnen sollten ein neues Leben in Uruguay, drei in Brasilien und einer in Chile beginnen. Von Wernich bat bei allen Familien, um das nötige Geld für die Reise. Auf einer Wiese in der Provinz Buenos Aires wurden die Jungen erschossen, wie später ein Polizist erzählte.

WOCHENÜBERSICHT

Pädophiler stellt sich freiwillig

Sechzehn Jahre Gefängnisstrafe für einen pädophilen Mittfünfziger: Dieses Urteil hatte das Gericht von San Isidro in der Provinz Buenos Aires vor rund einem Monat gefällt. Dieselben Richter entschieden denn auch, den Schänder von mindestens sechs behinderten Kindern vorerst auf freien Fuß zu setzen, weil noch eine Berufung anhängig ist. Die Eltern der Opfer protestierten und warnten davor, der Verurteilte würde flüch-

ten. Die Befürchtung wurde wahr. Nachdem das Gericht die Freilassung schließlich widerrief, sollte am Dienstag dieser Woche der Pädophile festgenommen werden: Er war abgehauen. In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag stellte er sich aber, nachdem die Regierung auf ihn ein Kopfgeld von 100.000 Pesos ausgesetzt hatte.

Verkehrssünder gehts an den Kragen

Ein verurteilter Verkehrssünder, der schlauerweise in einer an-

deren Gemeinde einen neuen Fahrausweis beantragte, hatte bisher keine Schwierigkeiten. Damit soll Schluss sein. Am Mittwoch unterschrieb Präsident Néstor Kirchner in Anwesenheit aller Gouverneure des Landes ein nationales Verkehrsabkommen. Darin wird unter anderem festgehalten, dass alle Verkehrsdelikte in einem neuen einheitlichen Register aufgenommen werden müssen und verurteilte Verkehrssünder keinen neuen Fahrausweis beantragen dürfen – landesweit nirgendwo. Das Abkommen muss noch im Kongress und in den Provinzparlamenten abgesegnet werden.

Marihuana und Kokain fallen vom Himmel

Immer häufiger bringen Kleinflugzeuge – viele starten in Paraguay – Drogen nach Argentinien. Sie landen auf geheimen Pisten oder werfen die Ladung einfach über dem Zielort ab. Dass die Drogen auf diesem Weg in die Provinz Buenos Aires gelangen, vermutete man bereits seit einer Weile. Erst jetzt allerdings bestätigte es auch das Innenministerium und gab dazu eine Karte heraus, die zeigt, in welchen Gemeinden der Provinz die illegalen Maschinen landen: Mercedes, Luján, Escobar oder Marcos Paz. Die Karte wurde aufgrund von Berichten der

Anwohner erarbeitet, die regelmäßig Kleinflugzeuge landen und starten sehen. Die genauen Standorte der Umschlagplätze kenne man allerdings noch nicht, sagte ein Sprecher des Innenministeriums.

Witwer Carrascosa bleibt im Knast

Dass er verurteilt werden wird, hat er wahrscheinlich geahnt. Dass der 69-Jährige, der mit Geld sonst alles in die Wege leiten kann, aber keinen Hausarrest kriegt, wohl eher nicht. Carlos Carrascosa, der für die Verschleierung der Tatbestände des Mordes an seiner Frau verurteilt wurde, bleibt vorerst in der Zelle. Dies hat das Gericht von San Isidro in der Provinz Buenos Aires entschieden. Carrascosa hatte gegen das Gerichtsurteil, demnach er für fünfeinhalb Jahre hinter Gitter muss, Berufung eingelegt. Bis zum Verfahren beantragte er Hausarrest.

Kooperation mit deutscher Universität

Bauingenieure wechseln sich aus: Die Hochschule Biberach und die Universitäten Tucumán und Buenos Aires (UBA) haben einen Partnerschaftsvertrag geschlossen. Demzufolge werden im kommenden Semester zwei deutsche Studenten der Fakultät „Bauingenieurwesen und Projektmanage-

Kirchnerismus in San Juan

Buenos Aires (AT/cal) – Und wieder siegte ein Kirchner-treuer Gouverneur: José Luis Gioja wurde am Sonntag mit rund 61 Stimmenprozent als Gouverneur der nordwestlichen Provinz San Juan wiedergewählt. Ein ausgezeichnetes Resultat! Roberto Basualdo, Senator und Gegner von Präsident Néstor Kirchner, erzielte lediglich 25 Prozent der Wählerstimmen. Seit 1983 ist es in einer Gouverneurswahl die größte Differenz zwischen dem Erst- und Zweitplatzierten.

Gioja, Chef der Justizialistischen Partei (PJ) in San Juan, unterstützte Kirchner bereits in den Präsidentschaftswahlen von 2003. Mit der First Lady und Präsidentschaftskandidatin Cristina Kirchner hatte der 57-Jährige das Heu allerdings nicht immer auf der gleichen Bühne. Als er Senator war, kam es mit der Senatorin Cristina zu Meinungsverschiedenheiten im Kongress. Diese sollen aber ad acta gelegt sein, sagt der wiedergewählte Gouverneur bestimmt. „Cristina Kirchner ist eine intelligente Frau. Ich glaube nicht, dass wir miteinander Probleme haben werden, falls sie gewählt wird.“

Der Peronist Gioja sass während der Militärdiktatur in Haft. Danach war er erst Provinzparlamentarier, dann Abgeordneter, später Senator, bevor er erstmals zum Gouverneur von San Juan gewählt wurde.

ment“ ihre Diplomarbeit in Tucumán schreiben. Umgekehrt besuchen zwei Argentinier den Masterstudiengang Projektmanagement im Bereich Bau in Biberach.

Macri hilft López Murphy nur in Buenos Aires

Das Hoffen und Buhlen nimmt ein Ende: Der Kandidat für das Amt des Präsidenten, Ricardo López Murphy, muss auf eine landesweite Unterstützung von Mauricio Macri verzichten. Der neu gewähl-

te Stadtregierungschef von Buenos Aires und Chef der neoliberalen Bewegung Republikanischer Vorschlag (PRO) will López Murphy in den kommenden Wahlen vom Oktober lediglich in der Hauptstadt helfen, Stimmen einzufangen.

Wenn sich Ampeln in Luft auflösen ...

Innerhalb von 14 Tagen verschwanden über Nacht im Stadtviertel San Telmo von Buenos Aires rund 30 Fußgängerampeln.

Wieso denn das?, fragt sich manch einer. Es ist einfach: Die Ampeln bestehen aus Aluminium; die Rohstoffhändler benötigen das Material für den Weiterverkauf. Ein Kilo Aluminium bringt etwa 5,50 Pesos ein. Die Polizei geht davon aus, dass es sich stets um dieselben Räuber handelt, eine Gruppe von rund vier Personen. Nun wird diskutiert, ob man Plastik statt Aluminium für die Ampelgehäuse verwenden soll.

Zwei gegen Menem in La Rioja

Der ehemalige Präsident Carlos Saúl Menem muss gleich gegen zwei Kirchner-Kandidaten ankämpfen. In der Provinz La Rioja finden diesen Sonntag die Wahlen für das Amt des Gouverneurs statt. Menem, der bereits drei Mal die Provinz regierte, will es nochmal wissen. Präsident Néstor Kirchner aber auch: Er unterstützt in dieser Wahl nicht nur den derzeitigen Gouverneur Luis Beder Herrera, sondern ebenfalls den Kandidaten Ricardo Quintela, Bürgermeister der Provinzhauptstadt. (AT/cal)

Die Provinz

Unter diesem kurzen und präzisen Titel beschrieb der argentinische Politologe Natalio Botana vor Monatsfrist in einem Beitrag in der Zeitung "La Nación" die Rolle der Provinz Buenos Aires in der argentinischen Politik, insbesondere in Hinblick auf die kommenden Präsidentschaftswahlen vom 28. Oktober.

Argentinien ist bekanntlich ein Bundesstaat, dessen 24 Gliedstaaten aus 23 Provinzen und der sogenannten autonomen Stadt Buenos Aires bestehen. Letztere ist nur beschränkt autonom, wie der derzeitige Streit um die Abtretung der Polizei an die Stadt bezeugt.

Die 24 Gliedstaaten sind auf dem Verfassungspapier gleichberechtigt. Indessen zeigt die echte Stärke der Provinz Buenos Aires ein ganz anderes Bild. Laut Volkszählung von 2001 beherbergt die Provinz 38,13 Prozent der Landesbevölkerung von damals 36 Millionen Menschen, heute angenommene 38 Millionen. Allein diese Bevölkerungsdichte gestaltet die Provinz zur wichtigsten Quelle stimmenmäßiger Macht. Am gleichen Tage des 28. Oktober werden 9,1 Millionen Bürger/innen der Provinz aufgerufen, den Staatspräsidenten und dessen Stellvertreter, den Provinzgouverneur und den Vizegouverneur, die meisten Bürgermeister sowie nationale, provinzielle und kommunale Parlamentarier zu wählen. Die Parteien werden sich bemühen, die Wahlzettel zu vereinheitlichen, so dass die von den Wählern bevorzugten Kandidaten einer Liste alle anderen auch begünstigen. Das gilt vor allem für die Präsidentschaftsformel, die von den lokalen Kandidaten der Provinz und der jeweiligen Gemeinde begünstigt wird.

Die Präsidentschaftswahlen werden seit der Verfassungsnovelle von 1994 in einem einzigen Wahldistrikt der Republik Argentinien abgehalten. Vorher wurden wie in den USA in jedem Gliedstaat Wahlmän-

ner gewählt, die die Präsidentschaftsformel kürten. Dabei gewannen kleine Provinzen relativ an Gewicht, weil das obwaltende Wahlgesetz ihnen eine Mindestzahl an Kandidaten anrechnete, die in keinem Verhältnis zu ihrer Bevölkerung stand. Die gewählten Delegierten dieser Provinzen haben in der Konstituante von 1994 dem neuen Wahlmodus zugestimmt und damit ihre eigenen Provinzen verraten, die seither wahlmäßig durch die mächtige Provinz Buenos Aires abgeschoben werden. Allenfalls können die anderen fünf bevölkerungsreichen Gliedstaaten (Stadt Buenos Aires, Córdoba, Santa Fe, Mendoza und Entre Ríos) wahlmäßig mitmischen. Die übrigen Provinzen haben das Nachsehen.

Hinzu kommt die demographische Tatsache, dass die anrainenden Wahlbezirke um die Stadt Buenos Aires ein gewaltiges Wählerpotential beherbergen, das die Präsidentschaftswahlen maßgeblich mitbestimmt. Hier haben die Bürgermeister das politische Sagen: 8,6 Millionen Einwohner, 6 Millionen wahlberechtigte Bürger/innen und 29 von 30 Bürgermeister, die ihre Wiederwahl anstreben. Sie hören durchweg auf Präsident Kirchner, soweit sie dem Justizialismus zugerechnet werden oder als Radikale K auch zum Präsidenten stehen.

Vor Kirchner hörten die justizialistischen Bürgermeister auf Präsident Duhalde, der sich inzwischen aus der Tagespolitik zurückgezogen hat, worauf seine Anhänger zu Kirchner übergegangen sind. Mit Wahlgeschenken hält sie der Präsident bei der Stange, der längst intensive Wahlpropaganda auf Versammlungen in diesen Bezirken betreibt und seine Gattin als von ihm designierte Nachfolgerin mit Lobeshymnen beschreibt. Die nationale Staatskasse sorgt dank Primärüberschuss im Haushalt für das notwendige Kleingeld, um lokale Bauten, Sozialwohnungen, allerlei Subventionen für Bedürftige und dergleichen mehr zu finanzieren. In bezahlten Zeitungsanzeigen brüstet sich das Präsidialamt mit den Ankündigungen der zahlreichen Projekte. Während der jüngsten panamerikanischen Fußballmeisterschaft in Venezuela präsentierten einige Bürgermeister ihre Kandidatur zusammen mit Cristina Kirchner bei der Übertragung der Spiele im Fernsehen am unteren Bildrand.

Mit der überraschenden Kandidatur des Vizepräsidenten Daniel Scioli als kommender Gouverneur der Provinz Buenos Aires gelang Präsident Kirchner der wahlpolitische Coup, einen Politiker vorzustellen, der nirgends aneckt, niemanden ärgert, stets freundlich und unverbindlich auftritt. Ihm zur Seite wurde der derzeitige Vorsitzende der nationalen Deputiertenkammer Alberto Balestrini aufs Kandidatenpodest erhoben. Balestrini war vorher Bürgermeister der Gemeinde La Matanza, die angeblich etwa 1,5 Millionen Einwohner zählt und mehrere Provinzen bevölkerungsmäßig übertrumpft. Wählerumfragen geben dieser Formel bereits mehr als 50 Prozent der Stimmen. Diese Stimmen werden auch Cristina Kirchner begünstigen, deren Wahlzettel zusammen mit den anderen abgegeben wird.

Nur wer in der Lage ist, gegen diese Übermacht regierungseigener Stimmen in der Provinz Buenos Aires, namentlich im Raum Groß-Buenos Aires, zu konkurrieren, hat eine Aussicht, die landesweite Präsidentschaftswahl zu gewinnen. Vorerst kann keiner der Oppositionskandidaten Roberto Lavagna, Ricardo López Murphy und Elisa Carrió damit rechnen, in den Hochburgen justizialistischer und K-radikaler Stimmen der regierungseigenen Formel genügend Stimmen abzugeben, um eine Zweitwahl zu erzwingen.

Randglossen

Die Strafrichter sind in Argentinien und Venezuela im Skandal des Handkoffers mit fast 800.000 Dollar gefordert, festzustellen, welche Delikte der Täter Guido Alejandro Antonini Wilson verübt hat. In Venezuela müssen Bargeldexporte von mehr als 10.000 Dollar gemeldet werden, ebenso wie in Argentinien, was der Täter füglich unterließ. Der argentinischen Justiz konnte er entweichen und ist seither unauffindbar. Indessen müsste auch der Aufwand von 90.000 Dollar für das Privatflugzeug auf Veruntreuung öffentlicher Gelder strafrechtlich ermittelt werden, hätten doch die Beamten der Staatsfirma Enarsa, die das Flugzeug gemietet haben, für einen Bruchteil mit Linienflugzeugen reisen können, wie es normale Geschäftsleute tun, die den Staatssäckel für eigenen Luxus nicht anzapfen können.

Der Kofferskandal veranlasste Präsident Kirchner, den Leiter der Mautbehörde fristlos zu entlassen und seinen Kollegen Hugo Chávez zu bitten, den Vizepräsidenten der venezolanischen Erdölgesellschaft Diego Uzcátegui Matheus, der die Geschäfte der Niederlassung in Argentinien leitet, ebenfalls zu entlassen. Chávez zögerte anfangs, versuchte sich mit allerlei Ausreden aus dem Skandal herauszuhalten, musste aber schließlich klein beigeben. Aus für Uzcátegui Matheus, dessen gleichnamiger Sohn offenbar den Skandaltäter Antonini Wilson eingeladen hatte, in dem von Enarsa gecharterten Flugzeug mitzureisen. Der Skandal flog auf, weil eine Zollbeamtin den Koffer nach der Ankunft im Stadtflughafen Aeroparque durchleuchten ließ, anderenfalls niemand etwas bemerkt hätte.

Österreich feiert – Brasilien weint

Österreicher zum ersten Mal Weltmeister im Faustball

Oldenburg (AT/ram) - „Das war ein perfektes Spiel der Österreicher“, lobte George Schuch, Schlagmann Brasiliens, den Gegner im Finale der Faustball-Weltmeisterschaft in Niedersachsen. Der wahrscheinlich beste Angriffsspieler der Welt hatte mit seiner Mannschaft vom neuen Weltmeister aus Österreich mit 3:0 Sätzen eine Lektion erhalten, die die 10.000 Zuschauer in Oldenburg begeisterte. Ein entfesselt schlagender Martin Weiß demonstrierte die bis dato im Turnier brillant verteidigenden Brasilianer Christian Kohlmann und Fernando Eisele.

Die Österreicher feierten damit ihren ersten Titelgewinn. Brasilien hat zwei Titel in den Vitrinen, Rekordweltmeister bleibt Deutschland mit neun Erfolgen. Die Deutschen hatten im Halbfinale die Zuschauer enttäuscht und unterlagen glatt mit 0:3 gegen Österreich. Damit fand ein Finale einer Weltmeisterschaft zum ersten Mal ohne die Deutschen statt. Im Spiel um Platz 3 entschädigten die Deutschen mit einem sehenswerten 3:1 über Europamei-



**Im Finale ohne Chance:
Brasiliens George Schuch.**
(Foto: ÖFBF)

ster Schweiz die Fans. Im Anschluss gaben die beiden Schläger Niels Pannewig, seit 2002 Haupt-

angreifer der Nationalmannschaft, und Urgestein Martin Becker ihren Rücktritt bekannt. Somit muss die deutsche Auswahl die Europameisterschaft 2008 in Stuttgart mit einem komplett neuen Angriff bestreiten. Die Schweizer werden versuchen, ihren EM-Titel zu verteidigen, nach dem vierten Platz bei der WM waren sie allerdings sehr enttäuscht. Auch die Unterstützung von etwa 200 Fans, die das Marschweg-Stadion mit Fahnen, Kuhglocken und Gesängen in ein Tollhaus verwandelten, half nichts.

Den fünften Platz sicherte sich, wie schon bei den letzten Weltmeisterschaften, Argentinien. Gegen seine Nachbarn aus Chile tat die Mannschaft sich fast schon traditionsgemäß schwer, ehe sie das Platzierungsspiel mit 2:1 Sätzen gewann. Nur das Glück hatte den Argentinern zuvor zum erstmaligen Einzugs unter die besten Vier gefehlt. Beim wohl spannendsten Spiel des Turniers hatte die „Albiceleste“ den Brasilianern schon einen Satz abgeknöpft und hatte im dritten Durchgang bei 15:15 die Chance auf die Sensation.

Doch zwei Bälle in die Leine von Schlagmann Martin Vazquez, der ansonsten im Turnierverlauf überragende Leistungen zeigte, entschied das Spiel zugunsten der Brasilianer. „Dafür schaffen wir bei den nächsten World Games 2009 in Taiwan den Einzugs ins Halbfinale“, gab sich Argentinien Nationaltrainer Fredy Thiesing kämpferisch.

Faustball, ein Turnspiel, das deutsche Auswanderer in alle Welt trugen, wird in Argentinien in sechs Vereinen gespielt: ADAG General Belgrano, SAG Villa Ballester, ADA Punta Chica (San Fernando), CG Guatambú, UCD El Dorado und CCAA Rosario. Die Spieler der „Selección“ sind fast alle in Rosario aktiv.

Insgesamt 24.500 Zuschauer verfolgten die Spiele der XII. Faustball-WM. Damit war das Turnier in Niedersachsen das bestbesuchte aller Zeiten. Für einen Randsport wie Faustball war es damit, auch wegen der reibungslosen Organisation in den vier Spielorten, ein perfektes Turnier.

AUSFLÜGE UND REISEN

Argentinien's erstes Küsten- und Insel-Reservat

Argentinien besitzt eine überaus zahlreiche und vielfältige Inselwelt, die zwar nicht von Menschen besiedelt, aber immerhin von einer unübersehbar großen Tierwelt bevölkert ist.

Nein, es sind nicht die im Paraná angeschwemmten Delta-Inseln, sondern richtige, oft sturmtoste Eilande entlang der Atlantikküste. Es ist eine Welt, die bis vor kurzem selbst Experten weitgehend unbekannt war. So gibt das Instituto Geográfico Militar (Militärgeografisches Institut, kurz IGM) die Länge der argentinischen Atlantikküste mit 4725 Kilometer an, der Servicio de Hid-

rografía Naval mit 5087 Kilometer; aber neuesten, hochpräzisen Vermessungen des CONICET zufolge sind es sogar 6816 Kilometer.

Allein zwischen der Bahía Camarones, knapp 250 Kilometer südlich der Península Valdés, und Bahía Bustamante sind 40 Inseln verzeichnet - unbewohnt, wie gesagt, aber doch dicht an dicht von einer mannigfaltigen Meeresfauna bevölkert, vor allem von Seevögeln, deren Habitat man nun schützen will.

So ist soeben der erste Parque Marino Costero ins Leben gerufen worden. Das zu schützende Reservat hat eine ungefähre Küstenlänge von hundert Kilometern und beherbergt besagte 40 Inseln, von denen Viana und das Archipel Tova und Tovita die bedeutendsten sind; Tova ist etwa fünf Kilometer lang. Ein Teil der Eilande erhält bei Niedrigwasser für die kurze Zeit der Ebbe Verbindung zum Festland. Einige wenige waren sogar in der Vergangenheit vorübergehend von Robbenfängern und Algenfischern bewohnt.

Unter den zu schützenden Spe-

zies befinden sich (des besseren Verständnisses wegen teils auf Spanisch): Magellan-Pinguin, Petrel gigante del sur, Cormorán imperial, Cormorán cuello negro, Biguá, Gaviota cocinera, Gaviota austral, Gaviota de Olrog, Gaviotín sudamericano, Gaviotín pico amarillo, Gaviotín real, Escúa común und Escúa chileno. In den mit Fitoplankton reich gesegneten Südatlantikgewässern tummeln sich außerdem 38 verschiedene Fischarten.

Dieses Reservat ist kein Nationalpark im eigentlichen Sinne, sondern ein Naturschutzgebiet für Wissenschaftler und professionelle Beobachter. Man kann das Szenarium deshalb auch nur von der Küste aus beobachten: entweder von der Ortschaft Camarones, oder aber vom Fischerdorf Bahía Bustamante: die meisten der Inseln liegen ganz nahe vor der Steilküste.

Wer allerdings Tiere aus nächster Nähe erleben will, muss schon



Südatlantischer Muschelknacker.

nach Punta Tombo oder der Península Valdés fahren.

Nach Camarones, in dessen Nähe sich die Reserva Natural Turística Cabo Dos Bahías befindet, gelangt man über die Ruta Nacional 3, die Buenos Aires nach Feuerland verbindet, und nahe dem Kilometerstein 1640 links abbiegen, wo man auf der Provinzstraße Nummer 30 weiter 72 Kilometer nach Camarones fährt. Es ist bisher die einzige Belagstraße, um hier bis an die Küste zu gelangen. Von der Abzweigung nach Camarones bis Comodoro Rivadavia sind es auf der Hauptstraße (RN 3) noch 190 Kilometer.

Marlú

Flyer

Lufthansa
City Center
 (Zona Norte)
 Leg. 213 Res.0447
 Av. Fondo de la Legua 425
 (B1609JEE) San Isidro
 Tel.: (54 11) 4512-8100
 E-mail: info@flyer.com.ar
 www.flyer-de.de

“Austausch auf gleicher Augenhöhe”

Deutsch-argentinische Beziehungen im wissenschaftlichen und kulturellen Bereich

Buenos Aires (AT/sny) - Es ist ein Jahr mit viel Anlass zum Feiern, besonders für die deutschen Institutionen in Argentinien. Im Rahmen einiger anstehender Jubiläen hat der Deutsche Klub - der heuer selbst das stolze Alter von 152 Jahren erreicht - am Dienstag zu einem «Nachbarschaftstreffen» eingeladen.

Das Goethe-Institut hatte bereits am vorigen Samstag seinen «Tag der Offenen Tür» unter das Motto seines 40-jähriges Bestehens gestellt. Nun schien es nach glatten 150 Jahren diplomatischer Beziehungen zwischen Argentinien und Deutschland angebracht, den kulturellen und wissenschaftlichen Austausch der beiden Länder genauer zu betrachten und zu bewerten.

Dr. Barbara Göbel, Abiturientin der Goethe-Schule und promovierte Historikerin und Ethnologin, leitet seit wenigen Jahren das Iberoamerikanische Institut in Berlin. Sie schilderte in ihrem Vortrag die Beziehungen zwischen Deutschland und Argentinien als langjährigen, sehr engen und beständigen Austausch auf



Dr. Barbara Göbel sprach in ihrem Vortrag von den engen und soliden Beziehungen zwischen beiden Ländern.

gleicher Augenhöhe. Als Beispiel einer der ältesten und wichtigsten deutschsprachigen Einrichtungen nennt sie auch das “Argentinische Tageblatt”, das seit 118 Jahren zwischen beiden Kulturen vermittelt.

Die Wichtigkeit beider Länder füreinander hält sie für unbestritten. In der Berliner Theaterwelt wäre man ohne die Einflüsse argentinischer Dramatiker längst nicht so weit entwickelt wie heutzutage, bestätigt sie. Im Gegenzug hat die deutsche Kultur nicht zuletzt durch die zahlreichen Aus-

wanderer, die in Argentinien eine neue Heimat gefunden haben, deutliche Spuren hinterlassen. Die meisten von Deutschland finanzierten Schulen weltweit befinden sich hier und DAAD, Bildungsministerium oder Volkswagenstiftung unterstützen regelmäßig gemeinsame Projekte im Kultur- und Bildungssektor.

Angesichts dieser Zahlen ist es verwunderlich, so Dr. Göbel, dass die Wahrnehmung der jeweils anderen Kultur weder hier noch dort besonders hoch ist. Gründe dafür mag es viele geben. Die föderalistische Staatsform der Bundesrepublik mit ihrer Vielfalt von Kooperationsformen befördert zahlreiche Forschungs- und Studienprojekte, doch der Mangel an Koordination sorgt nicht selten für Unübersichtlichkeit.

So bleiben die Leistungen im Kulturtransfer häufig nahezu unsichtbar. Auch die Schwierigkeit der deutschen Sprache ist erfahrungsgemäß ein weiteres Hindernis für größere Annäherung an die deutsche Kultur in Argentinien. Was muss sich ändern?

Mit Hinweis auf das Goethe-

Institut sowie auf ihr eigenes zeigt Frau Dr. Göbel Wege, wie Kulturmediatoren erfolgreiche Arbeit leisten können. Dabei sind Sprachzentrum, Kulturzentrum und Bibliothek drei mögliche Säulen, auf denen ein dauerhafter Austausch zwischen Ländern stattfinden kann; aber auch enge, transdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Institutionen empfiehlt Frau Dr. Göbel.

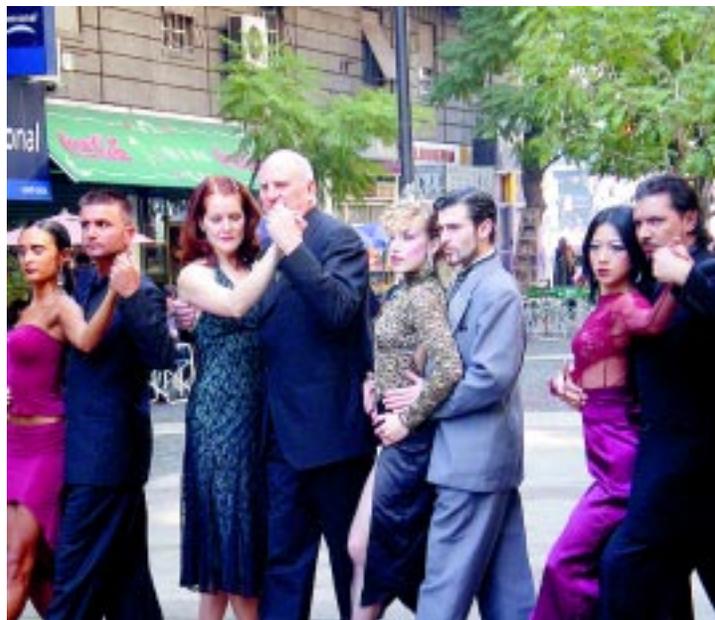
Immerhin, das Interesse besonders deutschstämmiger Argentinier an der Kultur ihrer Vorfahren scheint in den letzten Jahren ungeheuer gestiegen zu sein. Das jedenfalls könne man den deutsch klingenden Nachnamen der neuen Schüler am Goethe-Institut entnehmen, berichtet Dr. Becher, Direktor des Instituts. Doch nicht nur die Rückbesinnung auf Wurzeln dürfte ein Grund für die wachsende Deutsch-Begeisterung sein. Dr. Leonhardt, Präsident des Deutschen Klubs, fasst die gesteigerten Berufsaussichten junger Argentinier mit Deutschkenntnissen zusammen: “Englisch ist ein Muss, Deutsch ein Plus.”

Hauptstadt des Tango

V. Tango-Tanzweltmeisterschaft hat begonnen

Buenos Aires (AT/sny) - Am Donnerstag fiel der Startschuss. Zum 5. Mal jähren sich heuer die Tangoweltmeisterschaften, zu denen Tanzpaare aus der ganzen Welt für zehn Tage in die argentinische Hauptstadt kommen. Aus 154 Städten aus vier Kontinenten kommen die besten Tangotänzer hier zusammen. Das kolumbianische Paar, das zuletzt die Meisterschaften gewonnen hat, wird dieses Mal nicht anwesend sein, aus Deutschland hingegen kommen zwei Paare. Auch aus Japan, Serbien oder Neuseeland sind Teilnehmer in die Hauptstadt des Tango gekommen. Die weltweite Bedeutung dieser Kunst ist nicht zu leugnen.

479 Paare tanzen seit Donnerstag, den 16. August, und bis Sonntag, den 26. August, um den Preis von 7000 Pesos und vor allem um Ruhm und Anerkennung. In zwei Kategorien müssen sich die Wett Tänzer bewähren: im Tango Salón, der den traditionellen Tangotanz bezeichnet, sowie im Tango Escenario. Hier werden neben der



Internationale Präsenz auf der Tango-Tanzweltmeisterschaft.

(Foto: sny)

Choreographie auch die Kostüme und das Make-Up bewertet. Auch die kleine Schwester des Tango, die Milonga, wird vorgeführt.

In den Wettkampfpausen finden zahlreiche Veranstaltungen statt; es wird Interviews mit berühmten Tangotänzern geben, Dis-

kussionen über die Bedeutung und die Geschichte des argentinischen Tanzes sowie Gratis-Kurse für Anfänger und Fortgeschrittene. Ort des Geschehens ist das Messegelände «La Rural» an der Plaza Italia, der Eintritt ist frei. Pro Person können je zwei Eintrittskarten für den jeweiligen Veranstaltungstag abgeholt werden, ab 10 Uhr an den Kassen der Rural. Weitere Infos unter www.tangodata.gov.ar.

Eröffnung am Tag der Deutschen Einheit:

www.allesdeutsch.com.ar

...für alle, die es deutsch mögen.

PERSONALNACHRICHTEN

Todesfälle

Irma Elena Oosterwijk de Müller, am 10.8.

Hermann H. Erhardt, 81, am 14.8.

Elsa Harnisch geb. Rieger, 86, am 16.8.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Der frei benannte Dollarkurs betrug Freitag nachmittags \$ 3,19. Die Reflex Terminkurse betragen zum 31.8. \$ 3,193, 1.10. \$ 3,236, 31.10. \$ 3,258, 30.11. \$ 3,278, 2.1. \$ 3,299 und 31.1. \$ 3,320.

Der Mervalindex fiel in der Berichtswoche zum Donnerstag um 12,2% auf 1.833,71, der Burcapindex um 11,2% auf 6.598,07 und der Börsenindex um 11,2% auf 99.262,89.

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) fiel in der Berichtswoche um 3,3% auf \$ 2,632.

Die Gold-, Devisen- und Anlagereserven der ZB betrugen am 3.8.07 u\$S 44,0 Mrd., der Banknotenlauf \$ 66,22 Mrd. Eine Woche zuvor waren es u\$S 44,19 Mrd. bzw. \$ 64,70 Mrd., einen Monat zuvor u\$S 43,39 Mrd. bzw. \$ 64,30 Mrd. und ein Jahr zuvor u\$S 27,08 Mrd. bzw. \$ 51,74 Mrd.

Der Deckungskoeffizient der Devisenreserven in Pesos zum Tageskurs, bezogen auf die monetäre Basis, betrug am 3.8.07 154,5%.

In 7 Monaten betrugen die Subventionen für elektrischen Strom und städtischen Personentransport insgesamt \$ 5,41 Mrd., gegen \$ 6,14 Mrd. im ganzen Jahr 06. Für die Stromwirtschaft waren im Budget 2007 \$ 3,75 Mrd. vorgesehen, wobei bis zum 5. August schon \$ 3,37 Mrd. gezahlt wurden. Für den städtischen Personentransport sind im Haushaltsgesetz \$ 1,57 Mrd. vorgesehen, wobei zum 5. August schon \$ 1,76 Mrd. ausgegeben wurden. 04 machten die Subventionen für diese beiden Sparten \$ 2,12 Mrd. aus, davon \$ 1,98 Mrd. für Strom und \$ 1,46 Mrd. für Transport; 05 waren es \$ 3,03 Mrd. (\$ 1,97 Mrd. und \$ 1,09 Mrd.) und 06 waren es \$ 6,14 Mrd. (\$ 3,97 Mrd. und \$ 2,17 Mrd.).

Die Stiftung Fundelec hat ermittelt, dass die Beschänkung des Stromkonsums grosser und mittlerer Unternehmen um 1.200 MW täglich (in den Spitzenzeiten) verhindert hat, dass im Juli und August bei 9 Gelegenheiten die Stromkapazität übertroffen worden wäre. Gemäss Anweisung des Planungsministeriums ist die Konsumbeschränkung letzte Woche auf 800 MW verringert worden, von 18 (statt 16) bis 22 Uhr. Ab 27. August wird die obligatorische Einsparung auf 600 MW verringert, und eine Woche später wird die Stromversorgung normalisiert, sofern es keine Panne bei Kraftwerken oder Leitungen gibt.

Der Verband der Rentenkassen (AFJP) hat seine Internet-Seite (www.uafjp.org.ar) aufgehoben, in der dargestellt wurde, wie hoch die

Pension voraussichtlich sein wird, die sich bei unterschiedlichen Beiträgen und Beitragsjahren ergibt. Hier wurde klar ersichtlich, dass das private System gegenüber dem staatlichen im allgemeinen vorteilhafter ist. Der Verband wurde von der Regierung über die Aufsichtsbehörde (Superintendencia de AFJP) unter Druck gesetzt, weil dies den Übergang vom privaten auf das staatliche System in vielen Fällen verhinderte. Bisher sind schon 459.690 Beitragende auf das staatliche System übergegangen, wobei noch 4,66 Mio. im privaten verbleiben. Es wird damit gerechnet, dass noch 10% bis 20% der verbleibenden Mitglieder zum Staat übergehen, was der ANSeS erhebliche Mittel bringt, das staatliche Pensionierungssystem später jedoch stark belastet.

Der Verkauf von Landmaschinen auf dem Binnenmarkt lag im 2. Quartal 07 mengenmässig mit 6.528 Einheiten um 18% und wertmässig um 33,9% über dem Vorjahr. 39% des Umsatzes entfällt auf Traktoren, 22,5% auf Erntemaschinen, 20,5% auf Saatmaschinen und 18,4% auf andere Maschinen und Apparate.

Indien hat argentinisches Sojaöl definitiv zugelassen, nachdem eine Untersuchung ergeben hat, dass das Produkt aus genetisch veränderten Sojabohnen keine schädliche Wirkung auf den Menschen und die Umwelt hat. Dies sichert einen Export von etwa u\$S 700 Mio. jährlich.

6 Unternehmen haben beschlossen, sich im Informatikpark von San Luis niederzulassen, der von der Universität La Punta vorangetrieben wird. Es handelt sich um San Luis Digital, Son Ciliare Software, Image Camps, Accendra Networks, Intercomgi, Grupo Tecne und Sistemas Estratégicos. Jetzt kommt noch das bedeutende spanische Unternehmen INDRA hinzu.

Der Betreiber der Westausfahrt-autobahn der Bundeshauptstadt, „Grupo Concesionario del Oeste“, berichtet, dass er in den ersten 7 Monaten 2007 \$ 20,7 Mio. investiert hat, hauptsächlich in der Verbindung der Westautobahn mit der Strasse Luján-Mercedes.

Edelap, der Stromverteiler von La Plata und Umgebung, meldet für das 1. Halbjahr 07 einen Betriebsverlust von \$ 850.000, verglichen in einem Gewinn von \$ 7,7 Mio. in der gleichen Vorjahresperiode. Die Firma berichtet, dass sich der Verlust aus starken Kostenerhöhungen ergab. Mit dem finanziellen Ergebnis steigt der Verlust auf \$ 6,9 Mio.

Der Anteil von Kühen am gesamten landesweiten Rinderverkauf stieg im Juni auf 48,2% und betrug im 1. Halbjahr 46%. Bei über 40%

besteht eine Liquidierung des Kuhbestandes. Im 1. Halbjahr wurden 3,21 Mio. Kühe geschlachtet, eine Million mehr als im Vorjahr.

Die nationale Berufungskammer für Wirtschaftsangelegenheiten hat den Beschluss der Justizinspektion (IGJ, Inspección General de Justicia) bestätigt, nach dem bei der Eintragung von Immobilien in der Bundeshauptstadt auf den Namen einer Gesellschaft mit Sitz im Ausland, diese sich im öffentlichen Handelsregister eintragen muss, mit Angabe ihrer Gesellschafter oder Aktionäre, ihrer Verwalter im Ursprungsland, ihres lokalen Vertreters und ihrer lokalen Adresse. Dadurch wird u.a. die Weisswaschung von Geldern durch Kauf von Immobilien über eine ausländische Gesellschaft verhindert, die hier anonym bleibt. Im letzten Jahrzehnt wurden etwa 16.000 Immobilienkäufe dieser Art vollzogen. 2003 führte die Justizinspektion auf Initiative ihres damaligen Direktors Ricardo Nissen, ein Register für vereinzelte Immobilienkäufe ein, das für diese Art Geschäfte bestimmt ist, mit dem Zweck, die wirklichen Inhaber aufzudecken. Das wurde vor der Justiz beanstandet, jedoch jetzt bestätigt. Sind diese Inhaber in Argentinien wohnhaft und demnach steuerpflichtig, werden sie jetzt Schwierigkeiten mit dem Steueramt haben, sofern sie diese Vermögen in ihren eidesstaatlichen Erklärungen nicht angegeben haben, wie es meistens der Fall ist.

Arbeitsminister Carlos Tomada versicherte, dass die zusätzliche Entlassungsschädigung (150% statt normalerweise 100% des gesetzlich bestimmten Betrages) am 22. August abgeschafft wird, sofern die an jenem Tag zu veröffentlichte Statistik über Arbeitslosigkeit, wie zu erwarten, einen Koeffizienten von unter 10% ergibt. Die Arbeitslosigkeit wurde für das 4. Quartal 06 mit 8,7% ausgewiesen, stieg dann im 1. Quartal 07 aus saisonalen Gründen auf 9,8%, und nahm dann erneut ab. Bei Berücksichtigung derjenigen, die die Subvention von \$ 150 im Monat erhalten, jedoch eine Arbeit als Gegenleistung bieten müssen, die als Beschäftigte eingestuft werden, obwohl sie im besten Fall nur halb beschäftigt sind, lag die Arbeitslosigkeit jedoch im 1. Quartal über 10%; jetzt soll sie angeblich auch mit dieser Gruppe diese Grenze nicht erreichen. Tomada wies darauf hin, dass die private legale Beschäftigung im 2. Quartal im interannualen Vergleich um 5,6% gestiegen sei. Dabei handelt es sich jedoch zum Teil um die Weisswaschung von Schwarzarbeitern.

Das Arbeitsministerium hat ermittelt, dass die Zahl der arbeitslosen Familienoberhäupter, die die Subvention von \$ 150 monatlich beziehen, seit Mai 03 um 1,1 Mio. auf 890.943 Fälle zurückgegangen ist. In 496.502 Fällen handelt es sich darum, dass die Betroffenen eine normale

Beschäftigung gefunden haben, während andere eine zeitweilige Beschäftigung erhielten (und in einigen Fällen nachher wieder die Subvention des Planes bezogen), oder auf den Familienplan (bei dem auch eine Subvention besteht) oder auf eine Ausbildungsplan (auch mit Subvention) übergingen. Gegenüber Juni verringerte sich die Zahl der Subventionsempfänger des Planes für Familienoberhäupter um 3,1% (28.835 Fälle). Von den Subventionsempfängern waren 72% Frauen und 28% Männer.

Die Stiftung Fundelec berichtet, dass der landesweite Stromkonsum im Juli um 8,6% über dem gleichen Vorjahresmonat und um 2% über Juni 07 lag, und 9.024,5 Gigawatt erreichte. In 7 Monaten 2007 lag der Stromkonsum um 6,7% über dem Vorjahr. Im Juli lag die Durchschnittstemperatur im ganzen Land bei 9,3 Grad, gegen 14,3 Grad im gleichen Vorjahresmonat. Der Stromkonsum lag im Raum der Bundeshauptstadt und Umgebung im Juli um 14,47% über dem Vorjahr, in Santiago del Estero um 22,51%, in Jujuy um 17,71% und die La Rioja um 17,39% darüber.

Die AFIP berichtet, dass sich 560.000 Personen als selbstständig Erwerbstätige eingetragen haben, mehr als doppelt so viele wie im Januar 07, die Sozialbeiträge regelmässig zahlten. Für diese Kategorie gelten jetzt höhere Beträge, je nach Einkommen.

Im 1. Halbjahr 07 hat Argentinien Kfz-Zubehörteile im Wert von u\$S 3,39 Mrd. importiert, 29,5% mehr als im Vorjahr. Gleichzeitig wurden Zubehörteile für u\$S 1,37 Mrd. exportiert, 14,7%, mehr als im Vorjahr. Die Handelsbilanz dieses Bereichs war somit mit u\$S 2,02 Mrd. um 42% negativer als im Vorjahr. Die starke Zunahme der Importe steht in Zusammenhang mit der Erhöhung der lokalen Produktion. Von den Importen der ersten 7 Monate entfallen 37% auf Brasilien, 10,5% auf die USA, 7,3% auf Deutschland, 7% auf Frankreich, 5,4% auf China und je 4% auf Belgien und Italien.

Alejandro Bulgheroni, Präsident des Erdölunternehmens Pan American Energy (das British Petroleum und Bidas, dem lokalen Unternehmen der Bulgheroni-Gruppe gehört) erklärte, die Firma erwäge eine Erhöhung der Investitionen in Argentinien und eine Verringerung in Bolivien.

Argentinien hat zum ersten Mal Rindfleisch von hoher Qualität in die Schweiz exportiert, gemäss den Forderungen des bilateralen Abkommens mit der Kontrolle des nationalen Programmes der Qualitätsbescheinigung von Nahrungsmitteln. Es handelt sich um 958 kg Lende.

Der französische Konzern Louis Dreyfus hat ein Projekt in Angriff genommen, um in San Francisco,

Córdoba, eine Trockenmilchfabrik im dort bestehenden Industriepark zu errichten.

Das Sekretariat für Industrie, Handel und kleine und mittlere Unternehmen hat ein Projekt von FIAT-Auto genehmigt, durch das dieses Unternehmen seine Anlage für Getriebe erweitert und dabei eine Vergütung von 8% auf den Wert der Produktion im 1. Jahr, von 7% im 2. und 6% im 3. erhält.

Die Gewerkschaft der Lastwagenauffeure, geleitet vom CGT-Chef Hugo Moyano, hat am Mittwoch den Zugang zu 25 Engrossuermärkten blockiert, um zu erreichen, dass 300 der 1.500 Angestellten von der Gewerkschaft der Handelsangestellten und die der Lastwagenauffeure übergehen. Der Verband dieser Supermärkte weist darauf hin, dass die Unternehmen keine Chauffeure beschäftigen, wobei die Arbeiter, die die Waren von den Lastwagen entladen, eine andere Tätigkeit verrichten. Das Arbeitsministerium soll nächste Woche über den Fall entscheiden.

Die Deputiertenkammer hat ein neues Gesetzesprojekt des Gewerkschaftsdeputierten Héctor Recalde angenommen (das jetzt dem Senat zugeleitet wird), gemäss dem entlassene Schwarzarbeiter auch die Arbeitslosenentschädigung beziehen können. Sie müssen nur ein Telegramm vorlegen, in dem die Auflösung des Arbeitsvertrages bestätigt wird, und eine eidestattliche Erklärung über das Bestehen eines (informellen) Arbeitsvertrages abgeben. Wenn der Lohn nicht nachgewiesen werden kann, gilt der Mindestlohn als Berechnungsgrundlage.

CAMMESA, das Staatsunternehmen, das den Grossistenmarkt für Strom betreibt, gab bekannt, dass die Stromerzeugung der Wasserkraftwerke an den Flüssen Neuquén, Limay und Colorado im Juli um 60% zurückgegangen sei, was beim gesamten nationalen Elektrizitätssystem eine Verringerung von 30,2% darstellte. Das zwang zu einer Erhöhung der Leistung der Wärmekraftwerke um 21,2% und der Kernkraftwerke um 14,2%. Ebenfalls wurde der Stromimport aus Brasilien von 700 MW pro Tag auf 1.100 MW erhöht. Der Wasserstand der Staudämme der Comahue-Gegend ist weiterhin sehr niedrig. Voraussichtlich wird dies bis zur Schneeschmelze im Frühling andauern, wobei die Berge viel Schnee angesammelt haben.

Der Verband der Versicherungsgesellschaften (Asociación Argentina de Compañías de Seguros) hat mit Unterstützung des Verbandes der Versicherer des Landesinneren ADIRA ein neues System zur Verteidigung der Rechte der Versicherten eingeführt. Es besteht in der Ernennung eines Verteidigers der Versi-

cherten (ein „Ombudsmann“), der über Klagen schnell und unentgeltlich entscheidet. Bisher haben sich 26 Versicherungsanstalten dem System angeschlossen. Für die neue Funktion wurde Jorge Maiorano ernannt, der unter Menem Justizminister war und danach das Amt des Volksverteidigers übernahm, das unter Menem geschaffen wurde.

Am Montag erwähnte Binnenhandelssekretär G. Moreno gegenüber Vertretern der Weizenmühlen die Möglichkeit, dass der Exportzoll auf Weizen um 10 Punkte (von 20 auf 30%) erhöht werde, um zu vermeiden, dass die überhöhten Weltmarktpreise sich auf die internen Brotpreise auswirken. Daraufhin ging der interne Weizenpreis sofort stark zurück. Gegenwärtig gilt beim Weizen ein System, nach dem die Landwirte den internationalen Preis (minus Exportsteuern und Transport- und Exportausgaben) erhalten, der am Dienstag auf \$ 594 zu stehen kam, während die Mühlen den Weizen effektiv zu \$ 370 kaufen, indem die Differenz zum Marktpreis subventioniert wird, und zwar aus dem Erlös der zusätzlichen Exportsteuer von 4% auf Sojabohnen. Dieser Fonds (der auch für Subventionen von Futtermitteln verwendet wird), beträgt um die \$ 1,5 Mrd. wobei jedoch bisher nur \$ 250 Mio. ausbezahlt worden sind.

Die Firma Agroforestal del Norte hat ein Geschäft über den Export von 40.000 t Holzkohle nach den USA abgeschlossen. Diese Kohle wird auf Grund von weissem und roten Quebracho-Holz im Norden von Santiago del Estero erzeugt. Vorher hatte das Unternehmen schon eine Partie Holzkohle nach Chile exportiert.

Experten rechnen damit, dass das Schatzamt 08 einen Finanzbedarf von umgerechnet rd. u\$s 6 Mrd. decken muss, etwa doppelt so viel wie dieses Jahr, allein um die Amortisation von Staatspapieren zu decken, die nächstes Jahr verfallen. Sollte es ausserdem noch einen Bedarf geben, um ein echtes Defizit zu decken, wäre der Betrag noch höher.

Die Firma Terminal Puerto Rosario, die den Hafen von Rosario betreibt, gab ein Investitionsprogramm von u\$s 15 Mio. bekannt, um den Hafen zu modernisieren und die Lagerungskapazität zu erhöhen. Es sollen 60.000 qm für Mehrzwecktanks eingerichtet werden und auch, noch in diesem Jahr, ein neuer Kran in Betrieb genommen werden, um schwere Container zu bewegen.

Enrique Mantilla, Präsident der Kammer der Exporteure (CERA), hat den gesamten Exportwert für 07 auf u\$s 52,2 Mrd. geschätzt, 15% mehr als 06, als er bei der Feier zum „Tag des Exportes“ am Dienstag im Hotel Marriot Plaza sprach. Wenn die Exporte im gleichen Rhythmus zunehmen, würden sie 08 u\$s 56,5 Mrd.

Pensionen nehmen ab 1. September um 12,5% zu

Am Mittwoch gab die Regierung eine allgemeine Erhöhung der Pensionen, Hinterbliebenenrenten, Renten von ehemaligen Malwienkämpfern und Empfängern von Renten, bei denen vorher keine Beiträge geleistet worden sind, um 12,5% bekannt. Die Mindestrente steigt von \$ 530 auf \$ 596,25 und die Höchstrente von \$ 3.888 auf \$ 4.374. Diese Obergrenze gilt für neue Pensionäre des staatlichen Systems, so dass bestehende höhere Renten beibehalten werden. Die Zulage umfasst auch den staatlichen Anteil der Pensionen und Renten, die von den privaten Kassen (AFJP) gezahlt werden. Es handelt sich um 276.551 Fälle, wobei diese Zahl in den nächsten Jahren stark steigen wird. In diesem Fall bleibt der von den Kassen finanzierte Teil unverändert, so dass die Zulage im Durchschnitt nur 10,25% beträgt, wobei der gesamte gezahlte Betrag jedoch nicht unter der Mindestpension liegen darf. Die Pensionen der Mitglieder der provinziellen Kassen (die nur für Provinzbeamte gelten, und nur für die Provinzen, die ihre Kassen nicht an den Nationalstaat übertragen haben) erhalten keine Zulage, da in diesen Fällen die Pensionen und Renten im Gleichschritt mit den Gehältern steigen, die unverändert bleiben.

Die Mindestpension beim staatlichen System steigt jetzt von \$ 530 auf \$ 596,20, und die durchschnittliche Pension beträgt ab September \$ 742, was etwa 40% des Lohnes der eingetragene Arbeitnehmer darstellt. Die neue Mindestpension macht 60,8% des neuen Mindestlohnes aus. 1958 war gesetzlich bestimmt worden, dass die Pensionen 82% des letzten Lohnes ausmachen, wobei sie jeweils gemäss dem bestehenden Lohn für die vom Pensionär geleistete Arbeit erhöht wurden. Kurz danach wurde per Dekret eine degressive Skala eingeführt, so dass höhere Pensionen und Renten viel weniger erhielten. Bei der Reform von 1968 wurde bestimmt, dass die Renten auf die besten drei Jahre der letzten 10 berechnet wurden, bei Indexierung der Beträge. 2004 wurde die Pension auf 70% vom Lohn oder Gehalt festgesetzt, wobei die Indexierung aufgehoben und durch eine allgemeine Klausel ersetzt wurde, nach der die Regierung die Zulagen gemäss dem Überschuss des Systems verfügbar sollte. Das wurde jedoch in den letzten Jahren nicht erfüllt, obwohl das ANSeS einen Überschuss aufwies. Ausserdem wurde dies durch die Pensionierung von etwa 1,2 Mio. Personen verfälscht, die keine oder nur einen Teil der Beiträge geleistet hatten, die einen grossen Teil des Überschusses aufbrauchen, der an die bestehenden Pensionäre und Rentner hätte gehen sollen.

Der Oberste Gerichtshof hat die Regierung angewiesen, eine Norm über automatische Anpassung der Pensionen und Renten zu erlassen, in Erfüllung des entsprechenden Verfassungsartikels, der sich auf die „Beweglichkeit“ der Pensionen und Renten bezieht. Das ist jedoch nicht geschehen, da die Erhöhung von Januar und auch die neue vom September keine automatische Anpassung an Löhne und Gehälter oder Preise darstellen. Wie verlautet, soll das Bundesgericht jetzt insistieren und dabei konkreter werden.

Von insgesamt 4,63 Mio. Pensionären und Rentnern des nationalen Systems erhalten 2,97 Mio. den Mindestbetrag; 1,11 Mio. erhalten bis zu \$ 1.000, 502.491 erhalten bis zu \$ 3.000 und 47.121 über \$ 3.000. Die Mindestpensionen wurden ab Ende 2001 11 Mal erhöht, von \$ 200 auf \$ 742 ab 1. September, also um 171%. Diejenigen, die zwischen der Mindestrente und \$ 1.000 liegen, erhielten drei Zulagen, die bei denjenigen, die knapp über der Mindestrente lagen, eine Gesamtzunahme von 55% ausmacht, bei höheren Pensionen proportional weniger. Die Pensionen von über \$ 1.000 erhalten jetzt die dritte Zulage (sie erhielten 11% im Juni 2006 und 13% im Januar 2007), mit der die Zunahme seit Ende 2001 auf 41,1% kommt. In der gleichen Periode verzeichnen die Preise eine Zunahme von über 100%.

Das Solidaritätsprinzip wurde beim staatlichen Pensionierungssystem in den letzten Jahren betont vor das Proportionalitätsprinzip gestellt, mit einer Umverteilung der Renten zu Gunsten der niedrigeren. Gerade deshalb konveniert denjenigen, die mehr verdienen und/oder länger zum System beitragen, das private System, bei dem für die Beiträge des Arbeitnehmers nur das Proportionalitätsprinzip gilt, während die solidarische Komponente durch den Unternehmensbeitrag gegeben ist, mit dem den privaten Rentnern ein geringer fester Betrag gezahlt wird.

Für den Staat stellt die Erhöhung von Pensionen und Renten während der letzten vier Monate 2007 insgesamt \$ 1,82 Mrd. dar, die mit den gestiegenen Einnahmen der ANSeS finanziert werden. 2008 beträgt die finanzielle Belastung der ANSeS dann \$ 5,46 Mrd.

Positive Reaktion auf Fed-Zinssenkung

Am Freitag hat der Vorstand der Federal Reserve der USA einstimmig eine Senkung des für die Refinanzierung der Banken wichtigen Diskontsatzes um einen halben Prozentpunkt auf 5,75% beschlossen. Diese Entscheidung löste allgemeine Erleichterung aus: Der Dow Jones-Index und auch der breiter gefasste Index von Standard and Poors verzeichneten sofort eine Zunahme von 2,34%, der Technologie-Index Nasdaq legte sogar um 3% zu.

Zu den grössten Gewinnern gehören die am Hypothekenmarkt aktiven Finanzanstalten, deren Kurse in den vergangenen Tagen am stärksten unter der Krise gelitten hatten. So stieg der Kurs der Aktien der Hypothekenbank Countrywide zum Börsenaufstart in New York um 20,8%. Die Papiere von Bear Sterns legten sofort um 6,6% zu. Sämtliche Börsen der Welt reagierten positiv auf das Signal der Fed.

Den als Schlüsselzinssatz geltenden Zinssatz für Tagesgeld liess die Fed unverändert bei 5,25%.

erreichen.

Der Unternehmerrat von Mendoza, dem die wichtigsten Unternehmen der Provinz angehören, hat harte Kritik an der Handhabung der öffentlichen Finanzen der Provinz geübt, deren Gouverneur Julio Cobos jetzt auch Kandidat für die Vizepräsidentenschaft mit Cristina Fernandez de Kirchner ist. In den letzten 4 Jahren hätten sich die Ausgaben der Provinzverwaltung verdoppelt. Die Consulting-Firma abeceb (geleitet von Dante Sica) hat ermittelt, dass 06 die Provinzausgaben um 33,7% über 05 lagen, aber die Einnahmen um 34,5% stiegen.

Wirtschaftsminister M. Peirano gab Direktoren der argentinischen Handelskammer (CAC, Cámara Argentina de Comercio) bekannt, dass er eine Verlängerung des Investitionsförderungsystems beabsichtigt, das im September nach 3 Jahren seit Inkrafttreten abläuft. Das System besteht in der vorzeitigen Rückgabe der MwSt. und beschleunigter Abschreibung von Kapitalgüterkäufen. Jährlich war ein Kontingent von \$ 1,2 Mrd. vorgesehen, von dem \$ 200 Mio. für kleine und mittlere Unternehmen reserviert wurden. Dennoch wurde in keinem der 3 Jahre das Kontingent voll aufgebraucht.

Wirtschaftsminister M. Peirano gab gegenüber Direktoren der argentinischen Handelskammer bekannt, dass er sich vorgenommen habe, eine neue Strategie bei der Verhandlung mit den 19 Ländern einzuführen, die den Pariser Klub bilden, der Schulden für über u\$ 6 Mrd. umfasst, die Argentinien seit 2001 nicht bedient. Peirano meint, die Umschuldung bedürfe keiner Mitwirkung des IWF. Gemäss den Normen des Pariser Klubs, bedarf es eines Programms mit dem IWF; doch Peirano meint, es sollte mit der jährlichen Revision ausreichen, die der Fonds auch in Argentinien durchführt.

Der Vorstand der argentinischen Handelskammer forderte von Minister Peirano Massnahmen, um die Rückkehr argentinischen Auslandskapitals zu erleichtern, das für pro-

duktive Investitionen bestimmt sei.

Es würde sich um eine Art Weisswaschung handeln, etwa wie sie Anfang der 50er Jahre schon eingeführt wurde, als Kapitalgüterimporte „ohne Verwendung von Devisen“ gestattet wurden.

Der Präsident der Kammer der Supermärkte, Alfredo Coto, erklärte, der mengenmässige Umsatz und die Rentabilität der Supermärkte seien jetzt etwa gleich gross wie in den 90er Jahren. 2001 ging der Umsatz wegen der Krise stark zurück, und danach drangen u.a. die chinesischen Supermärkte vor. Jetzt sei dies überwunden, wobei die Rentabilität wieder bei durchschnittlich 3% liege. Die sogenannten „nicht-Nahrungsmittel“ hätten jetzt einen grösseren Anteil am Umsatz. Gegenwärtig besteht eine wahre Welle neuer Einweihungen von Supermärkten.

Die ZB konnte hat bei der Ausschreibung von Wechseln (Lebac und Nobac) am Dienstag die Amortisationen in Höhe von \$ 811 Mio. mit Hilfe der staatlichen Banken decken. Von Angeboten in Höhe von \$ 1,31 Mrd. wurden \$ 1,18 Mrd. angenommen. Für Lebac auf 49 Tage wurde ein Satz von 10,35% bestimmt, 0,06 Punkte über der Vorwoche. Bei Lebac auf 84 Tage waren es 10,50%.

Die Consulting-Firma „Economía y Regiones“ (geleitet von Rogelio Frigerio) hat das finanzielle Defizit der Provinz Buenos Aires für dieses Jahr auf \$ 2,24 Mrd. geschätzt, 40% mehr als das Plansoll. Die Ausgaben werden auf \$ 29,81 Mrd. veranschlagt, 25,6% mehr als im Vorjahr und um \$ 2 Mrd. über dem Plansoll. Das finanzielle Defizit macht mit dem Verfall von Schulden für \$ 2,74 Mrd. insgesamt \$ 4,98 Mrd. aus, von denen \$ 2,74 Mrd. vom Nationalstaat finanziert werden. Hinzu kommt noch eine Bondsausgabe für u\$ 400 Mio. (gleich \$ 1,24 Mrd.), womit zunächst 80% des Betrages gedeckt sind.

Der EMAE-Index des Statistischen Amtes (INDEC), der eine grobe Schätzung des BIP auf Grund kurzfristig verfügbarer Daten ist, weist für Juni eine interanuelle Zu-

Der Handelsaustausch Argentinien-China

Wirtschaftsminister M. Peirano wies bei der Konferenz zum „Tag des Exportes“, der von der Kammer der Exporteure am Dienstag im Plaza Hotel gefeiert wurde, darauf hin, dass die Importe aus China einer besonderen Kontrolle unterzogen werden sollen. Im 1. Halbjahr 2007 besaßen die Exporte nach China um 31% auf u\$ 2,15 Mrd. gestiegen, während die Importe um 54% auf 2,04 Mrd. zugenommen hätten.

Gemäss Angaben der chinesischen Regierung hat China 2006 nach Argentinien Waren für rund u\$ 2 Mrd. exportiert und für u\$ 3,7 Mrd. importiert, was einen Handelsbilanzüberschuss von u\$ 1,7 Mrd. zu Gunsten Argentinien ergibt. Doch die argentinische Regierung weist andere Zahlen vor, gemäss denen der Überschuss auf u\$ 350 Mio. sinkt. Der chinesische Botschafter Zhang Tuo führte die grosse Differenz darauf zurück, dass China nur die direkten Exporte aus China berücksichtige, während Argentinien auch Waren aus China in die Rechnung aufnehme, die über Drittländer eingeführt werden, wie Panama und Chile (Iquique).

Von den chinesischen Exporten nach Argentinien bestehen laut dem Botschafter 2006 31% in Masschinen, 10% in Teilen von Maschinen, 20% in Rohstoffen und Halbfabrikaten und nur 26% in Konsumgütern. Diese konkurrierten meistens jedoch nicht mit der argentinischen Industrie, da es zum grossen Teil um Computer (PC) u.a. Güter handelt, die nicht in Argentinien erzeugt werden. Abgesehen davon sei der Zollsatz bei Schuhen, Textilien und Spielzeug sehr hoch.

Gemäss INDEC-Zahlen hat Argentinien im 1. Halbjahr Maschinen für u\$ 701 Mio. eingeführt, Teile von Maschinen für u\$ 314 Mio., Rohstoffe und Halbfabrikate für u\$ 532 Mio. und Konsumgüter für u\$ 486 Mio. Von den Exporten nach China bestanden u\$ 927 Mio. aus Rohstoffen (vornehmlich Sojabohnen), u\$ 803 Mio. aus Industrieprodukten auf landwirtschaftlicher Basis (wie Sojaöl und -mehl), u\$ 359 Mio. aus Rohöl und Erdölprodukten und u\$ 60 Mio. aus reinen Industrieprodukten.

Die argentinischen Behörden haben in vielen Fällen schon Antidumpingmassnahmen gegenüber Importen aus China getroffen, die in einem Richtwert bestehen, auf den der Zollsatz berechnet wird, oder in einem Zusatzzoll. Es handelt sich um Sägen, Fahrräder und Fahrradreifen, Sonnenbrillen, Klimaanlage, Insektenvertilgungsmittel, Mikrowellenherde, Spielzeuge, Textilien und Spielkarten. Gegenwärtig werden Dumpingklagen über Plättisen, Gläsern und Glasbehältern, CDs und Schraubenschlüsseln untersucht. Die Untersuchung muss feststellen, ob es sich um echte niedrige Preise handelt (in welchem Fall keine Gegenmassnahmen zulässig sind), oder um Preise, die unter den internen in China liegen (in welchem Fall es sich um Dumping handelt) oder um Unterfakturierung, also falsche Preise. Dieser Fall wurde bis 2001 von den privaten Kontrollfirmen aufgedeckt, die 1997 vom Wirtschaftsministerium zu diesem Zweck verpflichtet worden waren. Nachdem dieses erfolgreiche System auf Druck von dubiosen Importeuren und Zollbeamten, die am Geschäft beteiligt waren, aufgehoben wurde, wird die Kontrolle der Echtheit der Preise kaum noch durchgeführt, da das Zollamt dabei überfordert ist. Somit werden auch diese Fälle als Dumping behandelt, obwohl sie Schmuggel darstellen.

China exportiert zunehmend Maschinen und Anlagen, die weitgehend in verbesserten Kopien von Produkten aus Deutschland, Italien u.a. traditionellen Lieferanten bestehen. Da diese bei der Finanzierung gehemmt sind, weil die Schuld gegenüber dem Pariser Klub nicht geregelt ist und somit Hermes, Coface u.a. staatliche Institute keine Versicherung gegen politische Risiken gewähren, hat China eine gute Chance auf dem argentinischen Markt, um so mehr als die Preise meistens wesentlich niedriger liegen.

nahme von 8,3% und gegenüber dem Vormonat von 0,7% aus. Im 1. Halbjahr 07 betrug die EMAE-Zunahme somit 8,4%. Die grosse Ernte von Mais und Sojabohnen hat den Index im Juni in die Höhe getrieben und die Wirkung der Gas- und Stromknappheit auf die Industrie mehr als ausgeglichen.

Präsident Kirchner gab am Don-

nerstag bekannt, dass die Arbeitslosigkeit im 2. Quartal 07 bei 8,5% der aktiven Bevölkerung liegt. Bei Abzug derjenigen, die die Subvention für Familienoberhäupter beziehen und angeblich arbeiten, steigt der Koeffizient auf 9,8% bis 9,9%. Es handelt sich um das 3. Quartal mit einer Vollarbeitslosigkeit unter 10%, was ausreicht, um die angekündigte Abschaffung der Erhöhung der Entlassungsent-

Die lokale Börsenkrise

Die weltweite Börsenbaisse hat sich letzte Woche verstärkt auf Argentinien ausgewirkt. Während der Börsenindex Dow Jones für die Börse von New York am Donnerstag einen Rückgang von 0,12% verzeichnet und von 8,2% seit dem 23. Juli, und der Bovespa-Index von Sao Paulo (Brasilien) Minuskoeffizienten von 2,58% und 17,3% ausweist, betrug die Baisse in Buenos Aires gemäss Merval-Index 4,72% (und 10% in zwei Tagen), bzw. 20,4%. Im Laufe des Tages war der Merval-Index am Donnerstag sogar 9% gesunken, erholte sich jedoch am Schluss. Doch die Staatsbonds gingen am gleichen Tag um 9% zurück, so dass diejenigen, die aus der Umschuldung hervorgegangen sind, jetzt gleich hoch wie in den ersten Tagen der Börsennotierung lagen. Mehrere grosse Investmentbanken der USA rieten ihren Kunden, argentinische Papiere abzustossen.

Call-Geld sprang am Donnerstag von 10% auf 16%, und der Devisenmarkt stand unter starkem Kaufdruck, so dass der Dollarkurs in Wechselstuben auf \$ 3,20 kletterte. Die ZB sprang dann mit Dollarverkäufen ein, um eine weitere Hausse zu verhindern. Ab Freitag hat die ZB kurzfristige Kredite an Banken, in Form von „Swap-Geschäften“ ausgeschrieben, damit die Banken über ausreichende flüssige Mittel verfügen, um der Depositenabhebung begegnen zu können. Wie der stets gut informierte Journalist Marcelo Bonelli in der Zeitung „Clarín“ berichtet, hat Präsident Kirchner, nach langen Unterredungen mit Wirtschaftsminister Peirano und ZB-Präsident Redrado (den er alleine empfing), der ZB Rückendeckung gegeben. Die Regierung geht davon aus, dass es sich um eine kurzfristige Krise handelt, wobei die ZB über ausreichende Reserven verfügt, um ihr zu begegnen. In diesem Sinn muss daran erinnert werden, dass die Bankdepositen wesentlich geringer als 2001 sind, wobei die Devisenreserven höher sind, so dass die Kontrolle der Lage einfacher ist.

Die internationale Börsenbaisse schwappte auch auf die Rohwarenmärkte über, da es auch Fonds gibt, die das Geld in Rohstoffen anlegen. Der Preis für Sojabohnen ging daraufhin um etwa 5% zurück. Die monetäre Behörde der USA rechnet damit, dass die Krise zwischen 3 und 6 Monate dauern wird, wobei es sich im Wesentlichen um eine Korrektur übertriebener Börsennotierungen handelt, die in keinem Verhältnis zur Rentabilität und den Gewinnerwartungen stehen. Der Fall der maroden Hypothekarkredite in den USA, der die Krise auslöste, ist ohnehin beschränkt: die Gesamtsumme der US-Hypothekarkredite beläuft sich auf u\$ 8,5 Bio., wobei nur u\$ 1,2 Bio. auf den sogenannten „subprime-Markt“ entfallen, also Hypotheken, die an zahlungschwache Personen oder bei zu hohen Immobilienbewertungen vergeben worden sind. Von diesen wird erwartet, dass eventuell bis zu U\$ 225 Mrd. in Zahlungsunfähigkeit geraten. Das ist ein Betrag, den das Finanzsystem der USA leicht verkraften kann, umso mehr als schliesslich nur ein Teil des Betrages als Verlust verbucht werden muss.

schädigung um 50% auf den normalen Betrag durchzuführen.

Hohe Beamte des Binnenhandelssekretariates und der Kammer der Gemüse- und Obstgrossisten haben das Problem behandelt, das durch die Knappheit an Kartoffeln entstanden ist. Der Preis für einen Sack von 35 kg ist von \$ 40 vor zwei Wochen letzte Woche bis auf \$ 60 gestiegen. U.a. wurde die Möglichkeit erwogen, Kartoffeln zu importieren, was das unmittelbare Problem jedoch nicht löst. Die Kartoffelpflanzungen haben stark unter den niedrigen Temperaturen der letzten Wochen gelitten.

AFIP-Direktor A. Abad gab bekannt, dass sich 650.000 selbstständig Erwerbstätige neu eingetragen haben. Die AFIP hatte bisher rund 800.000 selbstständig Tätige registriert, von denen nur 390.000 aktiv waren. Bezogen auf diese hat somit eine Zunahme von 70% stattgefunden. Abad sagte, das für diese Gruppe be-

stehende System sei durch die Einheitssteuer stark eingeschränkt worden.

Der Berufsrat der Wirtschaftswissenschaftler der Bundeshauptstadt (Consejo Profesional de Ciencias Económicas de la Capital Federal), der vornehmlich Buchprüfer und Steuerberater umfasst, hat vom Vorsitzenden der Haushaltskommission des Senats, Jorge Capitanich, gefordert, dass die Progressionserhöhung, die der ehemalige Wirtschaftsminister Machinea 2000 eingeführt hat, ganz abgeschafft werde. Das Gesetzesprojekt der Regierung, das schon von der Deputiertenkammer genehmigt worden ist, schafft in den drei unteren Stufen der Progressionsskala den Zusatzbetrag ab, lässt ihn jedoch bei Einkommen von \$ 7.000 monatlich und mehr unverändert.

Das Schlachthofunternehmen Swift Armour, das der brasilianischen JBS (ehemals Friboi, dem grössten Rindfleischunternehmen

der Welt) gehört, hat die Aufnahme von 1.000 Arbeitern in ihren 5 Fleischbetrieben und der Fabrik für Behälter angekündigt, so dass die Belegschaft auf 3.600 Personen steigt. Swift bestätigte beiläufig die Vervollständigung des Investitionsplanes von \$ 300 Mio. in den Betrieben von Venado Tuerto und Pontevedra.

Das Schweizer Bergbauunternehmen Xstrata gab bekannt, dass die Studien und Arbeiten, um die Möglichkeiten des Vorkommens „El Pachón“, in San Juan, zu ermitteln, Anfang Dezember beendet sein werden. Im Januar soll das Chronogramm der Tätigkeiten fertig sein, die für das Projekt notwendig sind. Die vorgese-

hene Investition beläuft sich auf u\$ 1,9 Mrd.

Durch Dekret 1106/07 (Amstblatt vom 17.8.07) wurde der Vorschlag der Firma Homaq S.A. als „von öffentlichem Interesse“ erklärt, der im Rahmen des Systems über Privatinitiative vorgelegt worden ist (Dekret 966 vom 16.8.05) und sich auf den Bau einer Autobahn (mit Kreuzungen) und deren Betreuung der Nationalstrasse 7, zwischen Luján und Junín (Provinz Buenos Aires) bezieht. Dritte können jetzt auch Vorschläge einreichen, wobei Homaq jedoch dabei die Möglichkeit hat, das Angebot nach Kenntnis der neuen Offerten zu verbessern.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Die vergiftete Erbschaft

Präsident Néstor Kirchner wird am 10. Dezember auf eine viereinhalbjährige Regierungsperiode zurückblicken können, in der es ihm recht gut gegangen ist: die Wirtschaft ist kräftig gewachsen, der Konsum hat stark zugenommen, vor allem bei Produkten, in denen ein besserer Lebensstandard zum Ausdruck kommt, die Inflation war mässig, die Beschäftigung hat stark zugenommen (die legale weit mehr als die schwarze), die Staatsfinanzen wiesen einen primären und auch einen echten Überschuss auf, auch die Zahlungsbilanz war positiv, was in stark gestiegenen Devisenreserven zum Ausdruck kommt. Dass all dies nur zu einem Bruchteil auf Massnahmen der Regierung zurückzuführen ist, sondern im Wesen auf den starken Rückenwind, der von aussen kam, ist politisch unbedeutend. Wenn Kirchner von seinem „Modell“ spricht, und seine Gattin von einer „Vertiefung des Modells“, so versteht das Volk allgemein darunter, dass sich diese positive Tendenzen fortsetzen.

Indessen kommen jetzt schwierigere Zeiten. Böse Zungen behaupten, dass Kirchner sich dessen bewusst ist und gerade deshalb auf eine zweite Amtsperiode zu Gunsten seiner Gattin verzichtet hat. Wenn dann ab Dezember zunehmende Schwierigkeiten auftreten, wird dies dann seiner Gattin, oder wer immer sonst eventuell regiert, angekreidet, so dass er dann im Jahr 2011 auf der Grundlage der Erinnerung an die „guten“ Jahre unter seiner Regierung wieder kommen könnte. Ob der Präsident so weit denkt, sei dahingestellt.

Das Wachstum der Wirtschaft dürfte sich auf alle Fälle verlang-

samen, wobei auch eine Rezession nicht ausgeschlossen ist. Fünfeinhalb Jahre mit rasantem Aufschwung sind gemäss der historischen Erfahrung eine anormal lange Periode. Auch wenn der Rückenwind weiter besteht, dürfte er nicht so kräftig sein wie bisher. Das Wachstum der Weltwirtschaft dürfte sich beruhigen und die Zinsen dürften steigen. Voraussichtlich werden die Preise für argentinischen Export-Commodities hoch bleiben, aber nicht unbedingt so hoch wie jetzt. Der technologische Fortschritt wird sich weiter auswirken und zum Wachstum der Wirtschaft beitragen; doch das genügt nicht. Es muss mehr investiert werden, vor allem auf dem Gebiet der Energie. Und schliesslich ist zu erwarten, dass die klimatischen Bedingungen nächstes Jahr nicht mehr so günstig sind. Die Strömung „El niño“ ist wieder von der Pazifikküste des amerikanischen Kontinentes abgezogen, und jetzt kommt „La niña“, mit weniger Regen, eventuell auch mit Dürre.

Die Erbschaft aus der Menem-Regierung ist jetzt weitgehend aufgebraucht, die bestehenden Produktionskapazitäten sind weitgehend ausgelastet, es besteht Knappheit an geeigneten und halbwegs qualifizierten Arbeitskräften, der Inflationsdruck hat stark zugenommen, und das ganze Schema dieser Wirtschaftspolitik, mit zahlreichen Subventionen, einem hohen Grad staatlicher Intervention und hohen Staatsinvestitionen, wird zunehmend konfliktiver. Die Kirchner-Regierung hat stets kurzfristig gedacht und gehandelt; aber die langfristige Entwicklung kann nicht als Summe aufeinander folgender Mass-

nahmen verstanden werden, die eine Antwort auf die unmittelbaren Probleme darstellen, aber keine langfristige Richtlinie berücksichtigen. Der Schmutz wurde unter den Teppich gefegt, und gelegentlich stolpert man darüber. Oder, wie es der spanische Kulturphilosoph Ortega y Gasset so treffend sagte: "Die versteckten Realitäten suchen immer ihre Rache."

Der zunehmende Inflationsdruck

Problem Nummer eins ist die zunehmende Inflation. Kirchner besteht darauf, sie einfach nicht zuzugeben, indem der Index der Konsumentenpreise grob gefälscht wird. Die nächste Regierung wird hier jedoch wieder Ordnung schaffen müssen, wobei dabei ein Inflationsprung von bis zu 10 Punkten in Erscheinung tritt. Ausserdem müssen Tarife öffentlicher Dienste erhöht werden, und der Druck zurückgestauter Preise wird gelegentlich so stark, dass der Damm bricht. Schliesslich haben die Preise vieler landwirtschaftli-

cher Produkte eine steigende Tendenz, nachdem sie auf dem Weltmarkt gestiegen sind, und die interne Abschottung zunehmend schwieriger wird. Rindfleisch, Milch- und Milchprodukte, Weizenprodukte, Speiseöl, alles wird unvermeidlich teurer.

Bei Preiserhöhungen nimmt auch der Lohndruck zu, der ohnehin sehr stark ist. Die Kirchner-Regierung hat die Gewerkschaftsmacht gestärkt, und dabei dem aggressivsten von allen, Hugo Moyano, viel mehr Macht gegeben, indem allerlei Bereiche, die bisher der Gewerkschaft der Handelsangestellten zugeordnet waren, auf die der Lastwagenchauffeure übergeführt wurde. Moyano, der auch Vorsitzender der Gewerkschaftszentrale CGT ist, hat eine Macht, die die von Lorenzo Miguel, des vor 1976 und von 1983 bis zur Menem-Regierung allmächtigen Metallarbeitergewerkschafters, übersteigt; denn er kann die ganze Wirtschaft jederzeit lahmlegen.

Die Kirchner-Regierung hat die

Gewerkschaftsthese ihr Eigen gemacht, gemäss der die Lohnzulagen zunächst die Inflation ausgleichen müssen, und dann soll noch etwas hinzukommen, um eine reale Erhöhung herbeizuführen. Wenn jetzt die Preise stärker steigen, dann kann man erwarten, dass die Gewerkschaftsforderungen für 2008 nicht unter 25% liegen, wobei kaum noch die Möglichkeit besteht, Lohnerhöhungen durch erhöhte Produktivität, mehr Effizienz und geringere Gewinnmargen auszugleichen, dies umso mehr, als Rationalisierungsmassnahmen vom Arbeitsministerium gelegentlich unterbunden werden, wie es unlängst bei Telefónica der Fall war, die ein System einführen wollte, bei dem die Arbeiter und Angestellten von einer Tätigkeit auf eine andere, je nach Bedarf, übergehen, wobei sie für mehrere Funktionen ausgebildet werden. Dabei muss man noch berücksichtigen, dass die Änderungen der Arbeitsgesetzgebung im Sinne der Gewerkschaftsideologie, die ununterbrochen stattfinden, auch zunehmende Arbeitskosten mit sich bringen.

Die Lohn-Preisspirale beschleunigt sich somit in gefährlicher Weise. Frau Cristina sprach von einem "Sozialpakt", also im Wesen einer zwischen der Regierung, den grossen Gewerkschaften und den Spitzenverbänden der Unternehmerschaft vereinbarten Begrenzung der Lohnerhöhungen. Das ist jedoch erfahrungsgemäss sehr schwierig, besonders bei einem Gewerkschaftsführer wie Hugo Moyano und einer schwachen Präsidentin, wie es Frau Cristina voraussichtlich sein wird.

Dabei stellt sich dann auch das Wechselkursproblem. Die Beibehaltung des "real" hohen Kurses, die zu einem Eckpfeiler der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik gemacht wurde, setzt Abwertungen von einer Grössenordnung voraus, die die Inflation noch mehr anheizen. Der peronistische Wirtschaftler Eduardo Curia, der diese These seit Jahren vertritt und Kirchner unterstützt, meint, dass der Kurs schon jetzt bei \$ 3,60 je Dollar liegen müsste, und setzt sich für einen "crawling peg" ein, bei dem der Wechselkurs die interne Inflation nicht nur begleitet, sondern nachholt, was angeblich in den letzten Jahren versäumt wurde. Die Regierung wird kaum in der Lage sein, zu verhindern, dass der reale Wechselkurs weiter absackt. Das bedeutet dann weniger Schutz für viele Industrien und ein geringeres Realeinkommen der

MAXINTA

Casa de Cambio
Sociedad de Bolsa

Máximo Intaglietta
Fernán Peralta Ramos
Magdalena Brennan
Carola Seleguan

Sarmiento 378 6° y 7° 4334-4400

Landwirtschaft, mit zunehmenden Druck, damit die Exportzölle verringert werden.

Problematische Staatsfinanzen

Gleichzeitig kommt eine schwierige Lage bei den Staatsfinanzen auf die kommende Regierung zu. Die Staatsausgaben steigen viel stärker als die Einnahmen. Im 1. Halbjahr 2007 lagen die Ausgaben, ohne Zinsen, gegenüber dem Vorjahr um 43,9% höher, während die Einnahmen um 32,5% zunahm. Dabei haben die Ausgaben eine steigende Tendenz, während die Einnahmen zu mässigeren Zunahmeraten neigen. Die Subventionen nahmen im 1. Halbjahr um ganze 77% zu; eine Verringerung würde zu höheren Tarifen bei öffentlichen Diensten zwingen und auch andere Preiserhöhungen mit sich bringen.

Die Staatsinvestitionen sind sehr stark gestiegen, wobei hier eine zunehmende Tendenz besteht; denn neue Investitionsobjekte erfordern am Anfang geringe Mittel, und danach zunehmend mehr. Die kommende Regierung wird sich gezwungen sehen, die Beträge für Staatsinvestitionen zu verringern, was dann zu langsamerer Durchführung der Projekte führt. Das ist mit Unordnung, allerlei Konflikten und einer realen Verteuerung verbunden, die das Problem noch schwieriger macht. Es bleibt nur zu hoffen, dass bestimmte unsinnige Projekte, wie die Schnellbahnen von Buenos Aires nach Rosario und Córdoba, und auch nach Mar del Plata, bis zum 10. Dezember noch nicht zugeteilt werden, so dass sie ad acta gelegt werden können.

Ausserdem werden auch laufende Ausgaben erhöht, einmal weil ständig zusätzliche, meistens unnötige, Beamte eingestellt werden, dann wegen der 1,2 Mio. neuen Rentner, und schliesslich wegen Gehalts- und Rentenerhöhungen, die bei allgemeinen Lohnerhöhungen von über 20% unvermeidlich sind. Auch die Zinslast steigt, einmal weil die Karezfr-

SECARROPAS CENTRIFUGO

KOH-I-NOOR

- 2.800 R.P.M. • TAMBOR DE ACERO INOXIDABLE
- EXCLUSIVO SISTEMA DE SEGURIDAD



Clásico

Capacidades:
4,2 kg. - 5,2 kg. - 6,2 kg.

AGERO

Capacidades:
4,2 kg. - 5,2 kg. - 6,2 kg.

VISION

Capacidad: 5,2 kg.

¡PODEROSO EL CHIQUITIN!

sten aufhören, die bei der Umschuldung eingeführt wurden, und dann weil Schulden mit niedrigen Zinsen, gegenüber dem IWF, der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank durch teure Schulden gegenüber Venezuela u.a. ersetzt werden. Schliesslich haben sich die Provinzfinanzen spürbar verschlechtert, was dann mit höheren Zuschüssen des Nationalstaates verbunden ist.

Der echte Überschuss bei den Staatsfinanzen ist schon im Juli verschwunden, und in den kommenden Monaten wird ebenfalls ein echtes Defizit erwartet, wobei nur noch ein primärer Überschuss verbleibt, was im Wesen Augenschwermerei ist. Ein echtes finanzielles Defizit führt zu einer zunehmenden Staatsverschuldung.

Der argentinische Staat hat schon jetzt Schwierigkeiten bei der Unterbringung von Staatspapieren, um die Amortisation der bestehenden auszugleichen. Das ist nicht nur Schuld Argentiniens, sondern auch eine Folge der veränderten Lage auf dem internationalen Finanzmarkt, die durch die Hypothekenkrise in den USA ausgelöst worden ist. Dass die befreundete Regierung von Venezuela schliesslich nur u\$ 500 Mio. statt einer Milliarde zeichnete, bei einem hohen Zinssatz von 10,66%, spricht Bände. Allein, so lange es um Ersatz von Schulden geht, besteht in der Finanzwelt noch ein relativ guter Wille; wenn jedoch ausserdem noch Defizite gedeckt werden müssen, sieht der Fall prinzipiell anders aus. Nebenbei bemerkt: der Wirtschaftler Roberto Frenkel weist in einem Artikel in der Zeitung "La Nación" vom letzten Sonntag darauf hin, dass sich der Index für argentinische Staatspapiere, die international gehandelt werden, gegenüber dem allgemeinen Index für Bonds von Schwellenländern seit Anfang 2007 spürbar verschlechtert hat, was auf die Fälschung der Preisstatistik zurückgeführt wird, obwohl es sich hier nicht um Bonds mit CER-Wertberichtigung handelt. Die Märkte, sagt Frenkel, verleihen der Voraussicht einen hohen Stellenwert, und gründen

sie auf die Rationalität der Regierung.

Die Regierung müsste jetzt energisch auf Sparkurs steuern, um wieder einen echten Überschuss zu erwirtschaften und damit Schulden abzubauen. Aber gerade das steht nicht in Aussicht. Kommt eine neue Zahlungseinstellung mit Umschuldung? Hoffentlich nicht; aber ausgeschlossen ist dies bei der hohen Staatsschuld nicht. Ebenfalls ist es gut möglich, dass die ZB wieder, wie in vergangener Zeit, das Defizit finanziert, was dann die Inflation auch von der Geldseite her anheizt. Trübe Aussichten.

Weitere Problemfälle

Bei dieser Lage besteht auch die Gefahr, dass Depositen bei lokalen Banken abgehoben werden und die Flucht in die harten Devisen zunimmt. Wie weit dann der Zahlungsbilanzüberschuss, der ohnehin abnehmen dürfte, ausreicht, um zu verhindern, dass Devisenreserven geopfert werden, sei dahingestellt. Wenn die Devisenreserven abnehmen, steigt das Misstrauen, so dass die Kapitalflucht zunimmt. Die Zinsen für Bankdepositen liegen gegenwärtig unter der wirklichen Inflationsrate, was auf die Dauer ohnehin unhaltbar ist, besonders bei zunehmenden Inflationserwartungen.

Intern führt diese Entwicklung zu einem Illiquiditätsproblem, das stark rezessiv wirkt. Die Industrie beklagt sich über das Fehlen mittel- und langfristiger Kredite, und Wirtschaftsminister Peirano hat diese Sorge zu seinem Thema gemacht. Eine Lösung setzt jedoch voraus, dass die Depositen weiter zunehmen, wie es in den letzten Jahren der Fall war. Wenn sie abnehmen, dann kann man diese Initiative vergessen; denn dann muss man sich mit der Illiquiditätsproblematik befassen, was keine Kleinigkeit ist. Ohnehin ist die Kreditmasse unzureichend, um ein normales Wirtschaftswachstum zu begleiten; ebenfalls sind die Möglichkeiten, die der Kapitalmarkt bietet, also Finanzierung durch Ausgabe von Aktien oder Obligationen, gering. Der finanzielle Engpass dürfte die Wirtschaft zunehmend abwürgen.

Ausser den erwähnten Problemen, kommen noch die der Energie auf die Regierung zu. Einmal besteht bei der Stromversorgung eine Durststrecke bis 2009, während der eine zunehmende Stromknappheit verwaltet werden muss; und dann muss auf dem Gebiet der Erdöl- und Gaswirtschaft eine andere Politik eingeführt werden, die die Forschung antreibt. Beim Erdöl ist der Kurswechsel schon bei den Konzessionsverlängerungen in Chubut und Santa Cruz erkennbar; aber beim Gas wird das Problem der schwindenden Reserven konsequent verleugnet. Die Reserven werden sich zunächst durch Erweiterung der Kapazität der Gasfernleitungen, die 2008 fertig sein sollen, schneller erschöpfen. Und zwar dann nicht in 8 Jahren, wie jetzt die Aussicht ist, sondern in wenigeren. Statt intensiv nach neuen Vorkommen zu forschen, soll Gas aus Bolivien in grösseren Mengen eingeführt werden, das jedoch nicht vorhanden ist und es bei der Verstaatlichungspolitik von Evo Morales auch nicht sein wird. Jetzt soll noch verflüssigtes Gas aus Venezuela eingeführt werden. Dieses importierte Gas, das bestenfalls in drei Jahren zur Verfügung stehen dürfte, ist mindestens vier Mal so teuer wie das lokal geförderte, so dass der Durchschnittspreis zunehmend steigt.

Die Kirchner-Regierung hat stets den Standpunkt vertreten, dass die Preiserhöhungen, sowohl beim zusätzlich erzeugten Strom, wie auch beim Gas, auf Unternehmen, vornehmlich der Industrie, abgeladen werden, statt auf den Konsum. Das führt jedoch zu Kostensteigerungen, die schliesslich auf die Preise abgeladen werden, und wirkt sich bei Exportindustrien auf die Konkurrenzfähigkeit aus.

Das ganze System des Staatsinterventionismus, das diese Regierung aufgebaut hat, wird revidiert werden müssen, weil es immer mehr interventionistische Massnahmen notwendig macht und schliesslich nicht zu verwalten ist. Abgesehen davon bietet diese zunehmende Intervention mehr Korruptionmöglichkeiten, und Korruption wird nach den zahlreichen

Skandalen der letzten Zeit immer mehr zu einem Politikum. Es ist positiv, dass die Gesellschaft, und ein Teil des politischen Establishments, diesem Thema Bedeutung beimisst und die Regierung zwingt, die Korruption nicht einfach mit einem Achselzucken zu dulden. Das kann schliesslich dazu führen, dass dieser komplizierte Staatsinterventionismus abgebaut, oder zumindest nicht mehr so willkürlich gehandhabt wird.

Es werden wieder Staatsinvestitionen auf private Unternehmen abgeladen werden müssen, wie in den 90er Jahren, einfach weil der Staat finanziell überfordert und auch nicht kreditwürdig ist. Neue Verstaatlichungen sollten nicht in Frage kommen, weil sie nicht finanzierbar sind. Die Beziehung des Staates zu den Unternehmen, die auf Konzessionsverträgen beruhen, müssen wieder einen rechtlichen Rahmen erhalten, damit investiert werden kann. Auch die Beziehungen zur internationalen Finanzwelt müssen geregelt werden, um Investitionen möglich zu machen. Das bezieht sich auf eine Lösung für die unbezahlte alte Staatsschuld, die mit Zinsen um die u\$ 25 Mrd. ausmacht, auf die Regelung der Schulden mit dem Pariser Klub (u\$ 6,3 Mrd.) und auf die Lösung der zahlreichen Klagen, die beim Weltbankschiedsgericht ICSID eingereicht worden sind, die Argentinien nach und nach verliert.

Es geht beim nächsten Regierungsturnus gewiss nicht um eine Vertiefung der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik, was immer damit gemeint sei, sondern um ein neues Konzept, das eine Teilrückkehr zu den 90er Jahren beinhaltet und sich prinzipiell an Verunftregeln hält. Das ist keine Fortsetzung und auch keine "kleine" Korrektur, sondern ein grundsätzlicher Kurswechsel, der von der wirtschaftlichen Wirklichkeit aufgezwungen wird. Und wenn dies nicht erkannt wird, und ideologische Vorurteile und die kurzfristige Sicht der Dinge weiterhin Vorrang haben, dann steht für Argentinien eine Periode mit grossen Konflikten und einem schlimmen Ende bevor.